



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für regionale Entwicklung

2010/2211(INI)

24.11.2010

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für regionale Entwicklung

für den Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen und den
Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union nach 2013

zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine
nachhaltige Europäische Union nach 2013
(2010/2211(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Constanze Angela Krehl

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für regionale Entwicklung ersucht den federführenden Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln für eine nachhaltige Europäische Union nach 2013, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. verweist auf die verstärkte Bedeutung der Kohäsionspolitik mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und ihre Ergänzung um eine dritte Säule – die territoriale Kohäsion – und stellt fest, dass die Regionen am besten geeignet sind, diese Politik aktiv umzusetzen, und deshalb eine Sektoralisierung kontraproduktiv ist;
2. vertritt die Auffassung, dass die Kohäsionspolitik ein wichtiger Bestandteil der Strategie EU 2020 darstellt und eine gute Kohäsionspolitik die Voraussetzung für erfolgreiches gemeinschaftliches Handeln der EU ist;
3. weist darauf hin, dass die erfolgreiche Politik für wirtschaftliche und soziale Kohäsion in den 271 Regionen der 27 Mitgliedstaaten deutlich sichtbar ist, und stellt fest, dass das Subsidiaritätsprinzip sowie Multi-Level Governance wesentliche Voraussetzungen dafür sind; bekräftigt seine Position zu bewährten Methoden, wie sie in seiner Entschließung vom 24. März 2009 zu bewährten Methoden im Bereich der Regionalpolitik und Hindernissen bei der Inanspruchnahme der Strukturfonds¹ dargelegt ist;
4. betont, dass die Kohäsionspolitik mit dem größten Einzelbudget eine der wichtigsten und erfolgreichsten Politiken der EU seit Jahrzehnten ist;
5. weist darauf hin, dass sich eine moderne Kohäsionspolitik den neuen Herausforderungen stellen muss; deshalb ist es notwendig, Prioritäten zu setzen:
 - wir brauchen ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten;
 - wir brauchen eine gut funktionierende und moderne Infrastruktur (Verkehr, Kommunikation, Wasser/Abwasser, Abfall, Energie);
 - wir setzen in der Kohäsionspolitik auf eine verstärkte Unterstützung von:
 - i) Forschung, Entwicklung und Innovation,
 - ii) Bildung, Ausbildung und Weiterbildung,
 - iii) einer integrierten Stadtentwicklung (einschließlich bspw. der Förderung von Energieeffizienz in Gebäuden),
 - iv) Stärkung der sozialen Dimension,
 - v) kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) als Motor der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Regionen;
6. unterstützt, dass der ESF integraler Bestandteil der Kohäsionspolitik bleiben und verstärkt werden soll; fordert eine stärkere Koordination mit der Kohäsionspolitik, um ländliche Regionen adäquat einbeziehen und Mittel effizienter einsetzen zu können;
7. weist darauf hin, dass alle Formen territorialer Zusammenarbeit gestärkt werden sollen;

¹ ABl. C 117 E vom 6.5.2010, S.38.

8. fordert die besondere Unterstützung der am meisten benachteiligten Regionen der EU-27 entsprechend dem Geist der Solidarität; betont gleichzeitig die Notwendigkeit eines starken Ziels 2 und guter Übergangsregeln;
9. ist der Ansicht, dass eine Sektoralisierung der Politiken die Regionen schwächen würde, da sie eine Zersplitterung begünstigt, wo doch nur integrierte Ansätze wirklich zum Ziel führen; stellt fest, dass gerade in den Regionen bereits jetzt und auch zukünftig hervorragende Beiträge z.B. zum Klimawandel, zu Forschung und Entwicklung, zu Innovation und Technologieentwicklung realisiert werden; weist in diesem Zusammenhang auf die wichtigsten Ergebnisse hin, die von der Kommission im Synthesebericht der Ex-post-Bewertung des EFRE 2000-2006 vorgelegt wurden, wie 1,4 Millionen neu geschaffene Arbeitsplätze, 38.000 geförderte Forschungsprojekte und über 800.000 unterstützte KMU;
10. betont, dass eine erfolgreiche Kohäsionspolitik eine entsprechende Finanzausstattung benötigt, die keinesfalls geringer sein kann als in der aktuellen Förderperiode 2007-2013;
11. weist darauf hin, dass die Mittel transparent und effizient in den Regionen ausgegeben werden müssen und mit einem möglichst einfachen Regelsystem und gutem Management ausgestattet sein sollten;
12. unterstreicht, dass ein besserer Mix von unterschiedlichen Finanzinstrumenten wie Zuschüssen, Darlehen oder revolving Fonds eine effizientere Mittelausnutzung unterstützen kann;
13. fordert, dass die Kontrolle der Ausgaben zukünftig stärker ergebnisorientiert sein sollte;
14. stellt fest, dass 5 Jahre Laufzeit zu kurz sind, da die Genehmigungsverfahren viel zu lang wären und sie keinen effizienten Mitteleinsatz ermöglichen würden; verweist auf die Tatsache, dass eine Laufzeit von 7 Jahren sich in der Vergangenheit bewährt hat und sie keinesfalls kürzer sein sollte; unterstreicht, dass mit einer siebenjährigen Laufzeit bis 2020 auch der Link zur EU 2020-Strategie klar wäre;
15. betont, dass die Kofinanzierung wie auch die Regel n+2 bzw. n+3 erhalten bleiben sollten, mit einer möglichen Erweiterung der Flexibilität für außergewöhnliche Situationen, die innerhalb der nächsten Programmperiode erwartbar aufkommen könnten; fordert, dass nicht ausgegebene Mittel für andere Regionen zur Verfügung gestellt werden und nicht in die Mitgliedstaaten zurückgehen;
16. verweist darauf, dass Mittel aus Fonds, die im Rahmen der Kohäsionspolitik aufgelegt werden, nicht im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts als „Bestrafungsinstrument“ genutzt werden dürfen; dies wäre für die betroffenen Regionen, Mitgliedstaaten und die EU kontraproduktiv;
17. unterstreicht den hohen europäischen Mehrwert der Solidarleistung der Kohäsionspolitik; macht deutlich, dass Solidarität keine Einbahnstraße ist, und betont deshalb, dass alle Regionen der EU Zugang zur Kohäsionspolitik haben müssen;
18. vertritt die Auffassung, dass neben der Förderung der Regionen damit auch die EU

innerhalb der Regionen sichtbar wird, und verweist darauf, dass eine bessere Öffentlichkeitsarbeit in den Mitgliedstaaten dies noch deutlicher zeigen könnte;

19. betont ausdrücklich, dass die Kohäsionspolitik als einzige europäische Politik sowohl „intelligent“, „umweltfreundlich“ als auch „integrativ“ in der Strategie EU 2020 sein kann; weist darauf hin, dass dies noch einmal deutlich die Bedeutung der Kohäsionspolitik als Ganzes zeigt, und lehnt eine Zersplitterung in verschiedene Haushaltslinien ab.